

«Die Aargauer Arbeitsplätze sind von der EU abhängig»

Bilaterale Verträge Politik, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft argumentieren mit gemeinsamem Komitee für eine Zustimmung

Ein breit abgestütztes Komitee aus 75 Persönlichkeiten liefert fundierte Argumente für den 8. Februar. Den Entscheid über die Europapolitik der Zukunft soll das Aargauervolk in Kenntnis der wirtschaftlichen Konsequenzen fällen. Viele Arbeitsplätze sind mit dem Export in die EU verbunden.

HANS LÜTHI

Schon mit dem Titel bringt das neue aargauische Komitee auf den Punkt, was es mit dem Zusammenspannen von Wirtschaftsverbänden, Politikern und Unternehmern erreichen will: «Für die Bilateralen – Personenfreizügigkeit Ja», heisst es da. Weniger eindeutig sieht es für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus, die Angst vor einer massiven Zuwanderung aus Osteuropa haben und befürchten, mit dem Einbezug von Rumänien und Bulgarien könnte es zu einem Druck auf die Löhne kommen. Plus zu einer Erosion bei den Sozialwerken, zumal die Gegner der Ausweitung bei ihrer Werbung in diese Kerbe schlagen.

Gute Argumente der Befürworter

Als wirksames Mittel gegen Verunsicherung und Ängste ist kaum ein Kraut gewachsen, mit Ausnahme von offener, transparenter Information. Genau hier setzt Unternehmer und Komitee-Co-Präsident Daniel Knecht, Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, an, wenn er dafür plädiert, den seit Jahren bewährten bilateralen Weg fortzusetzen. Ein Ausschluss von Rumänien und Bulgarien würde in der EU zu Bürgern 1. und 2. Klasse führen. Was gleich inakzeptabel sei, wie wenn man innerhalb der Schweiz die Welschen oder die Tessiner ausgrenzen würde. Die Personenfreizügigkeit bilde «ein Herzstück der bilateralen Abkommen mit der EU» und ist laut Knecht existenziell wichtig. Denn: Die Aargauer Industrie «spielt als Zulieferer für grosse europäische Konzerne eine wichtige Rolle». Ein Nein aber gefährde das ganze Vertragswerk und treibe die Schweiz – ohne Not – in die Isolation.

Gute Erfahrungen seit sechs Jahren

«Die bisher über sechs Jahre Erfahrungen mit der EU haben gezeigt, dass die Schweiz mit dem bilateralen Weg klug entschieden habe», betonte Regierungsrat Kurt Wernli. Der Leiter im Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) zeigte mit präzisen Zahlen, dass die starke Zuwanderung in den letzten Jahren primär aus den 17 alten EU/Efta-Staaten erfolgt ist. «75 Prozent kamen aus Deutschland, aus Rumänien und Ungarn waren es nur je ein halbes Dutzend», zerstreute Wernli Bedenken wegen einer zu



ROLF G. SCHMID Der CEO von Mammut in Seon will in der Schweiz investieren. RAPHAEL HÜNERFAUTH

starken Zuwanderung aus Osteuropa. Ohne die Personenfreizügigkeit wäre es kaum möglich gewesen, «in der Schweiz 250 000 neue Stellen zu schaffen».

Tiefe Wanderung innerhalb der EU

Höchst interessant sind auch Wernlis Feststellungen, dass innerhalb der EU trotz offenen Grenzen keine grossen Völkerwanderungen stattfinden: «Lediglich 4 Prozent der EU-Bevölkerung sind aus ihrem Heimatstaat ausgewandert und leben in einem anderen EU-Land.» Dank mehr Wirtschaftswachstum im Osten ist auch die Arbeitslosigkeit deutlich gesunken, mit 6,4 und 6,9 Prozent liegt sie in Rumänien und Bulgarien sogar unter dem EU-Mittel von 7,4 Prozent. Zudem werden Schweizer Arbeitskräfte bevorzugt, während einer Übergangsfrist von sieben Jahren kann die Schweiz bei einer unerwartet hohen Einwanderung erneut Kontingente einführen. Wernlis Fazit: Die Freizügigkeit wird schrittweise und kontrolliert eingeführt, sie gilt erst ab dem Jahr 2019 voll. Der Schutz gegen Lohn- und Sozialdumping ist aus Wernlis Sicht genügend, «die Verstösse werden streng geahndet». Als Co-Präsident des

Komitees weist Kurt Schmid, Präsident des Aargauischen Gewerbeverbandes, auf den Fakt hin, dass zwei Drittel der Schweizer Exporte in die EU gehen und die bilateralen Verträge unser Wirtschaftswachstum verstärken. Dem Präsidium gehören auch Bauernverbands-Präsident Andreas Villiger und die Partei-Präsidenten Doris Fischer-Taeschler (FDP) sowie Franz Hollinger (CVP) an.

Mammut will in der Schweiz bleiben

Eindrücklich die Aussagen von Mammut-CEO Rolf G. Schmid, dessen Unternehmen in zwölf Jahren aus der Krise zu neuem Leben erblüht ist. Von den 330 Mitarbeitern weltweit arbeiten 220 in der Schweiz, seit 2002 sind pro Jahr ein Dutzend Leute eingestellt worden, das Wachstum geht auch dieses Jahr weiter. Das Unternehmen Mammut Sports Group AG mit Hauptsitz in Seon will hier bleiben und 25 Millionen Franken investieren. «Zwei Drittel unseres Umsatzes machen wir im EU-Raum, bei einem Nein müssten wir das Herzstück der Firma wohl nach Deutschland verlegen», sagt CEO Schmid und begründet das mit dem Mangel an Fachkräften.